

DAS SUPERWAHLJAHR 2009 IN INDONESIA

Winfried Weck / Britta Gutschmidt

Indonesien hat mit großem Erfolg die Herausforderungen des Superwahljahres 2009 bewältigt. Bereits am 9. April fanden die Wahlen zum nationalen Parlament (DPR-RI), zur Regionenkammer (DPD), zu den 33 Provinzparlamenten und zu den Parlamenten der 471 kommunalen Gebietskörperschaften statt. Den allgemeinen Parlamentswahlen folgten am 8. Juli die Präsidentschaftswahlen, die Amtsinhaber Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) schon im ersten Wahlgang einen klaren Sieg bescherten. Der logistische Aufwand insbesondere für die allgemeinen Parlamentswahlen sucht seinesgleichen: 171 Millionen Wähler auf 6099 Inseln sollten auf insgesamt 686 Millionen zum Teil zeitungsförmigen Wahlzetteln über 350 000 Kandidaten für die verschiedenen Parlamente entscheiden.

Nach 1999 und 2004 wurden in diesem Jahr zum dritten Mal in der Geschichte der jungen Demokratie Indonesiens, die 1998 mit dem Sturz des Suharto-Regimes begann, allgemeine Parlamentswahlen sowie nach 2004 die zweiten direkten Präsidentschaftswahlen abgehalten. Die demokratische Neugestaltung des flächen- wie auch bevölkerungsbezogen größten Landes in Südostasien ist jedoch nur ein Aspekt der so genannten *reformasi*. Neben einer konsequenten Dezentralisierung des einst straff von Jakarta aus verwalteten Landes ist in den letzten elf Jahren vor allem die Entwicklung einer regen organisierten Zivilgesellschaft und eines recht bunten und vielfältigen Parteienspektrums zu beobachten. Heute ist Indonesien eine präsidentiale Demokratie mit einer starken parlamentarischen Komponente. Nicht nur der Staatspräsident,



Winfried Weck ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Indonesien und Ost-Timor.



Britta Gutschmidt ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für Indonesien und Ost-Timor.

sondern auch die Gouverneure der 33 Provinzen sowie die Bürgermeister und Landräte der 471 kommunalen Gebietskörperschaften werden nach US-Muster direkt und zusammen mit einem Kandidaten für das Amt des Stellvertreters auf fünf Jahre gewählt. Dabei fallen seit 2004 die allgemeinen Parlamentswahlen – also die Wahlen zum nationalen wie auch zu den Provinz-, Stadt- und Landkreisparlamenten – mit den Präsidentschaftswahlen zusammen. Die Gouverneurswahlen sowie die Wahlen der Bürgermeister und Landräte finden zu anderen Zeitpunkten über die gesamte Wahlperiode hinweg statt.

DIE ALLGEMEINEN PARLAMENTSWAHLEN VOM 9. APRIL 2009

Die national-liberale Demokratische Partei (Partai Demokrat, PD) von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) ist als Überraschungssieger aus den indonesischen Parlamentswahlen am 9. April 2009 hervorgegangen. Allgemein wurde zwar schon aufgrund des Amtsbonus ein deutlich besseres Ergebnis für die PD erwartet. Dass sie gegenüber 2004 ihren Stimmenanteil jedoch fast verdreifachen (von 7,5 auf 20,85 Prozent) und mit deutlichem Abstand als stärkste Partei ins Parlament einziehen konnte, ist die eigentliche Sensation der Parlamentswahlen. Die bei den letzten Wahlen noch führende Golkar-Partei von Vize-Präsident Jusuf Kalla brach stark von 21,6 auf 14,45 Prozent ein und erzielte nur noch das zweitbeste Ergebnis. Auch die im Jahr 2004 zweitplatzierte PDI-P von Ex-Präsidentin Megawati Sukarnoputri büßte Stimmen ein und wurde mit 14,03 Prozent drittstärkste Partei. Der Stimmenanteil der vier islamischen Parteien, die erneut ins Parlament einzogen, ging von insgesamt 37,4 auf 24,15 Prozent zurück.

Der Wahlkampf war vor allem durch Personen und die am 8. Juli 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen geprägt: Grund hierfür ist, dass nach dem neuen Wahlgesetz alle Parteien und Parteienkoalitionen für die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten mindestens 25 Prozent der gültigen Stimmen oder 20 Prozent der Parlamentssitze benötigen. Sachthemen wie die Folgen der globalen Finanzkrise traten dagegen in den Hintergrund. Behindert wurde die relativ friedlich verlaufene Wahl vor allem durch organisatorische und logistische Probleme: Durch fehlerhafte Wählerliste waren etwa zehn Millionen Wähler nicht zur Stimmabgabe zu-

gelassen. In einigen Bezirken wurden darüber hinaus falsche Wahlzettel geliefert, so dass dort nur die Parteien, nicht jedoch einzelne Kandidaten gewählt werden konnten, weshalb das Verfassungsgericht für einige Bezirke in Papua und Nord-Sumatra eine Wiederholung der Wahlen anordnete. Hinzu kam, dass eine Änderung im Wahlmechanismus nicht ausreichend publik gemacht wurde, weshalb der Anteil der ungültigen Stimmen mit 14,4 Prozent ungewöhnlich hoch war.

DAS POLITISCHE SYSTEM DER REFORM-ÄRA

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Suharto 1998 und dem Ende von 33 Jahren Diktatur hat die Republik Indonesien in den letzten elf Jahren einen erstaunlichen Wandel hin zu einer pluralistischen Mehrparteiendemokratie vollzogen. Mit der nach 1999 und 2004 dritten erfolgreich durchgeführten demokratischen Wahl nach Beginn der *reformasi* gilt das politische System nunmehr als gefestigt. In keinem anderen Staat Südostasiens sind Pressefreiheit und Zivilgesellschaft zudem so weit entwickelt wie im Vielvölkerstaat Indonesien mit seinen mehr als 300 verschiedenen Ethnien.

Das politische System Indonesiens entspricht im Wesentlichen dem einer Präsidentialrepublik, in der – ähnlich den USA – Präsident und Vizepräsident seit 2004 als Team direkt vom Volk gewählt werden. Der Präsident bestimmt dann nach eigenem Ermessen die Zusammensetzung seines Kabinetts. Trotz dieser starken Stellung des Präsidenten als Staats- und Regierungschef benötigt er für Gesetzesvorhaben die Zustimmung des Nationalparlaments (Dewan Perwakilan Rakyat, DPR-RI), so dass der Amtsinhaber bemüht sei muss, eine möglichst breite Parteienkoalition hinter sich zu versammeln, um seine Politik durchsetzen zu können.

Für die Wahl der Parlamentsabgeordneten schreibt das neue Wahlgesetz ein Verhältniswahlssystem nach deutschem Vorbild fest, in dem sich zugelassene Parteien in jedem der 77 Wahlkreise mit einer Kandidatenliste zur Wahl stellen können. Anders als in Deutschland können die Wähler mit ihrer Stimme jedoch einzelne Kandidaten auf dieser Parteienliste gezielt „nach vorne“ wählen. Der Kandidat mit den meisten Stimmen wird in seinem Wahlbezirk automatisch in das Nationalparlament

Für die Wahl der Parlamentsabgeordneten schreibt das neue Wahlgesetz ein Verhältniswahlssystem nach deutschem Vorbild fest, in dem sich zugelassene Parteien in jedem der 77 Wahlkreise mit einer Kandidatenliste zur Wahl stellen können.

entsandt. Scheitert seine Partei an der 2008 neu eingeführten 2,5 Prozent-Hürde, so gilt auch der eigentlich siegreiche Kandidat als nicht gewählt.

In logistischer und organisatorischer Hinsicht stand die mit der Durchführung der Abstimmung betraute Wahlkommission (Komisi Pemilihan Umum, KPU) vor einer nach deutschen Maßstäben gigantischen Herausforderung: Mehr als 171 Millionen Wähler waren aufgerufen, die 560 Sitze im Nationalparlament neu zu vergeben. Insgesamt bewarben sich mehr als 12 000 Kandidaten um den Einzug ins DPR-RI. Da zugleich auch Neuwahlen zur Regionenkammer mit 128 Sitzen, den 33 Provinzvertretungen sowie den 349 Distrikts- und 91 Stadtparlamenten stattfanden, standen insgesamt über 350 000 Kandidaten von 38 nationalen sowie in der Provinz Aceh zusätzlich von sechs regionalen Parteien für 15 983 politische Mandate zur Wahl.

DIE ERGEBNISSE DER WAHL

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2008 zeichnete sich in den Umfragen ein deutlicher Vorsprung der PD von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ab, obwohl die erst 2001 gegründete Partei bei den letzten Parlamentswahlen 2004 nur 7,5 Prozent erzielt hatte. Golkar, die Partei des Anfang 2008 verstorbenen Diktators Suharto, und die nationalistische PDI-P von Megawati Sukarnoputri, der ehemaligen Präsidentin und Tochter des Staatsgründers Sukarno, die in den letzten beiden Parlamentswahlen noch weit vor den anderen Parteien lagen, lieferten sich in den meisten Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz.

Insgesamt schafften neun Parteien den Sprung über die neue 2,5-Prozent-Hürde und damit den Einzug ins Nationalparlament.

Einen wesentlichen Grund für die starken Verschiebungen in der Wählergunst stellt die geringe Parteibindung der Indonesier dar. Auch waren viele Menschen enttäuscht von den etablierten Parteien, wovon vor allem die Newcomer PD, Gerindra und Hanura profitierten. Hinzu kommt, dass die meisten Parteien weniger auf einer ideologischen Basis beruhen, sondern vor allem als politische Vehikel einzelner Politiker dienen. Der Anteil der Wechselwähler ist in Indonesien nach Angaben von LSI aus diesem Grunde mit 45 Prozent ver-

Amtliches Endergebnis der Parlamentswahlen 2009

	2009 in Prozent	Sitze	2004 in Prozent	Sitze	1999 in Prozent	Sitze
PD	20,85	148	7,45	55	–	–
Golkar	14,45	106	21,58	128	22,44	120
PDI-P	14,03	94	18,53	109	33,74	153
PKS* **	7,88	57	7,34	45	1,36	7
PAN*	6,01	46	6,44	53	7,12	34
PPP*	5,32	38	8,15	58	10,71	58
PKB*	4,94	28	10,57	52	12,61	51
Gerindra	4,46	26	–	–	–	–
Hanura	3,77	17	–	–	–	–

* islamische Parteien ** 1999 noch als PK

gleichsweise hoch. Die Wahlbeteiligung 2009 lag jedoch trotz der teils großen Entfernungen, die viele Wähler zur Stimmabgabe zurücklegen mussten, bei rund 70 Prozent.

ZUSAMMENSETZUNG DES NEUEN PARLAMENTS

Am 1. Oktober wurden beide Kammern des Verfassung gebenden Nationalen Rates MPR (das Parlament DPR-RI und die Regionenkammer DPD) feierlich inauguriert. Rund 70 Prozent aller Parlamentarier (400 von 560) im DPR-RI sind Neulinge. Mit einem Frauenanteil von 18 Prozent (vorher elf Prozent) sind 102 Frauen im Parlament vertreten – so viele wie nie zuvor. Der Bildungsstand im neuen Parlament ist – zumindest dem Papier nach – relativ hoch: 91 Prozent aller Abgeordneten haben ein Bachelor-Studium abgeschlossen. Die restlichen neun Prozent verfügen zumindest über einen Abschluss der Senior High School. Für europäische Verhältnisse erstaunlich ist der mit 46 Prozent sehr hohe Anteil von selbständigen Unternehmern. Der Anteil von Beamten beträgt dagegen nur elf Prozent. Die Gruppe der Angestellte ist überhaupt nicht repräsentiert (zumindest hat kein Abgeordneter sich unter dieser Berufssparte wiedergefunden). Stattdessen sind – begünstigt durch das neue Wahlrecht, das die Direktwahl einzelner Kandidaten innerhalb einer Parteiliste

Der Bildungsstand im neuen Parlament ist – zumindest dem Papier nach – relativ hoch: 91 Prozent aller Abgeordneten haben ein Bachelor-Studium abgeschlossen. Die restlichen neun Prozent verfügen zumindest über einen Abschluss der Senior High School.

ermöglicht – 18 *celebrities* aus Funk, Film und Fernsehen ins Parlament eingezogen. Ihr hoher Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung hat sie teils weit besser abschneiden lassen als altingesessene Politiker.

Die sechs staatlich anerkannten Religionen sind wie folgt im Parlament vertreten: Muslime 473 (84,5 Prozent), Protestanten 55 (9,8 Prozent), Katholiken 17 (3,0 Prozent), Hindus zehn (1,8 Prozent) und Buddhisten fünf Abgeordnete (0,9 Prozent).

Die sechs staatlich anerkannten Religionen sind wie folgt im Parlament vertreten: Muslime 473 (84,5 Prozent), Protestanten 55 (9,8 Prozent), Katholiken 17 (3,0 Prozent), Hindus zehn (1,8 Prozent) und Buddhisten fünf Abgeordnete (0,9 Prozent). Das Parlament spiegelt damit

ziemlich genau die religiösen Anteile der einzelnen Religionsgruppen an der indonesischen Bevölkerung wider. Die Muslime sind – verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil von 87,1 Prozent (202 von 232 Millionen) – zwar geringfügig unterrepräsentiert, allerdings ist dies unter dem Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes durchaus positiv zu werten.

WERBESCHLACHT TROTZ FINANZKRISE

Mit Beginn der offiziellen Wahlkampfphase am 12. Juli 2008 – also neun Monate vor den Wahlen – starteten die Parteien einen intensiven Medien-Wahlkampf, der sich auf Wahlplakate und das Fernsehen konzentrierte. „Dies sind die Auswirkungen einer stillen Revolution, aufgrund derer politische Parteien nicht mehr länger als hauptsächlicher Kanal zur Verbreitung von Informationen dienen. Diese Position ist vom Fernsehen übernommen worden“¹, kommentierte Dodi Ambaradi, Senior Researcher des LSI. Daneben gewann auch der Versand von SMS als billige Form der Wahlwerbung zusehends an Bedeutung.

Die globale Finanzkrise schmälerte die Wahlkampfbudgets der Parteien, da sich die Spender zurückhielten. Zudem hatten einige Parteien beträchtliche Teile ihres Vermögens durch Aktienanlagen verloren. Auch die Privatvermögen vieler Kandidaten, die ihren Wahlkampf meist komplett aus eigener Tasche bezahlen mussten, waren vom Verfall der Börsenkurse betroffen. So gab es vereinzelte Fälle von Kandidaten, die zur Finanzierung ihres Wahlkampfs fast ihr gesamtes Eigentum verkauften und sich hoch verschuldeten. Nicht wenige der nicht gewählten Kandidaten sind heute finanziell ruiniert. Siti

1 | *Jakarta Post*, 18. Oktober 2008.

Zuhro vom Indonesian Institute of Science (LIPI) vermutete daher ein hohes Maß illegaler Parteispenden, mit denen sich Geschäftsleute hilfreiche politische Verbindungen erkaufen: „Die politischen Parteien werden alle Gelder nehmen, die ihnen gegeben werden. Diese Geschäftsleute geben Bargeld in Koffern statt das Geld über die Banken zu transferieren. Auf diesem Weg können sie ihre Spuren verwischen und die Parteien vermeiden eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz.“² Das Indonesian Forum for Budget Transparency (Fitra) geht davon aus, dass auch Gelder vor allem aus den Budgets der Distrikts- und Regionalverwaltungen illegal in den Wahlkampf umgeleitet wurden.³

Nach den von den Parteien offiziell deklarierten Wahlkampfbudgets hat beispielsweise Gerindra 308 Milliarden IDR (22 Millionen Euro), die PD 234 Milliarden IDR (16,7 Millionen Euro), die Golkar 143 Milliarden IDR (10,2 Millionen Euro) und die PDI-P angeblich sogar nur 7,3 Milliarden IDR (0,5 Millionen Euro) für ihre Kampagnen ausgegeben. Lokale Anti-Korruptions-Organisationen haben diese Zahlen als viel zu niedrig zurückgewiesen und beschuldigen die Parteien, sowohl die Summe der von ihnen akquirierten Spenden als auch ihre Ausgaben während der Kampagnenphase manipuliert zu haben. Nach Ansicht der Fitra stehen die von den Parteien angegebenen Zahlen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben für den aufwendigen Wahlkampf.⁴

PERSONENWAHLKAMPF IM VORFELD DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Sachthemen spielten im Wahlkampf eher eine Nebenrolle. Im Zentrum der Diskussionen standen stattdessen die möglichen Koalitionen und Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 8. Juli. Grund hierfür ist Artikel 9 des 2008 verabschiedeten Präsidentschaftswahlgesetzes, wonach nur Parteien oder Parteienkoalitionen einen Kandidaten nominieren dürfen, die in den Parlamentswahlen mindestens 25 Prozent der gültigen Stimmen oder 20 Prozent der Mandate errungen haben. „99 Prozent aller politischen Diskussionen heute drehen sich um die Frage, wer nun wessen Vize-Präsidentschaftskandidat wird. Alles dreht sich darum, welche Koalitionen benötigt

2 | *Jakarta Post*, 24. November 2008.

3 | Vgl. *Jakarta Globe*, 5. Januar 2009.

4 | Vgl. *Tempo Interactive*, 26. April 2009.

werden, um zu gewinnen, es gibt nichts über wirkliche Politik“⁵, bemerkte der australische Indonesien-Kenner Max Lane.

Von dieser engen Verbindung zwischen Parlaments- und Präsidentschaftswahl profitierte vor allem die PD, da ihr Gründer SBY, wie der amtierende Präsident Yudhoyono in Indonesien allgemein genannt wird, aufgrund seiner exzellenten Umfragewerte frühzeitig als Kandidat feststand. Nach Aussage von Saiful Mujani verdankte die PD den Anstieg ihrer Popularität vor allem der stark wachsenden Zustimmungsraten des Präsidenten von 45 Prozent im Juni auf 62 Prozent im November 2008. Parallel dazu zogen auch die Umfragewerte der völlig auf die Person SBY zugeschnittenen PD um acht Prozentpunkte an: „Das Image der Partei, ihre Führung, die Politik der Regierung und eine massive Medienkampagne haben signifikanten Anteil an der Popularität der Partei“⁶. Ein wesentlicher Faktor war auch das Image des Präsidenten als Vorkämpfer gegen die grassierende Korruption: „SBYs Erklärung, das der Schwiegervater seines Sohns, Aulia Pohan, einer der Verdächtigen im [Bank Indonesia, BG] Bestechungsskandal ist und seine kürzliche Entscheidung, die Benzinpreise zu senken, sind die Hauptfaktoren für seine zunehmende Popularität“, erklärte Hasan Nasbi, Research Manager der Cirus Surveyors Group. „Die Festnahme von Aulia durch die Anti-Korruptions-Kommission hat auch die Popularität von SBYs Demokratischer Partei verbessert.“⁷

Auch die nationalistische PDI-P, die sich 1998 von der PDI – neben Golkar und PPP die dritte unter dem Suharto-Regime zugelassene Partei – abgespalten hat, bekam die enge Verzahnung von Parlaments- und Präsidentenwahlen zu spüren

Die Amtszeit von Ibu Mega (Frau Mega) als indonesische Präsidentin (2001 – 2004) war für ihre Anhänger, die auf grundlegende Reformen gehofft hatten, eine herbe Enttäuschung. Auch in ihrer Rolle als Oppositionsführerin konnte sie den Wählern in den vergangenen fünf Jahren keine wirklichen Alternativen zur Politik der Regierung von SBY aufzeigen.

– allerdings in negativer Hinsicht. Denn ebenso wie die PD ist auch die PDI-P auf ihre Vorsitzende und Ex-Präsidentin Megawati Sukarnoputri zugeschnitten, die Tochter des Staatsgründers Sukarno. Die Amtszeit von Ibu Mega (Frau Mega) als indonesische Präsidentin (2001 – 2004) war für ihre Anhänger, die auf grundlegende Reformen gehofft hatten, jedoch eine herbe Enttäuschung. Auch in ihrer Rolle als Op-

5 | *Tempo Magazin*, 17.–23. Februar 2009.

6 | *Jakarta Globe*, 5. Januar 2009.

7 | *Jakarta Post*, 1. Dezember 2008.

positionsführerin konnte sie den Wählern in den vergangenen fünf Jahren keine wirklichen Alternativen zur Politik der Regierung von SBY aufzeigen. In der Folge ist die PDI-P seit ihrem Wahlsieg 1999 mit 33,8 Prozent zunächst auf 18,5 im Jahr 2004 und nun auf 14,03 Prozent abgerutscht.

GOLKAR DURCH TAKTISCHE FEHLER UND INTERNE ZERWÜRFNISSE GESCHWÄCHT

Die bereits 1964 auf Betreiben von General Suharto gegründete Golkar ist aufgrund ihrer Vergangenheit als politisches Vehikel des Diktators noch immer die mit 3,5 Millionen Mitgliedern größte und auch organisatorisch am breitesten aufgestellte Partei Indonesiens. Da jedoch Präsident Yudhoyono aus wahltaktischen Gründen nicht zu einem klaren Bekenntnis hinsichtlich einer erneuten Zusammenarbeit mit Golkar und ihrem Vorsitzenden, Vizepräsident Jusuf Kalla, bereit war, entbrannte innerhalb der Golkar bereits Monate vor den Wahlen eine hitzige Diskussion über die Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten.

Diese Konstellation nutzten einige Gruppen und Personen innerhalb der Golkar, um in aller Öffentlichkeit alternative Kandidaten für das Amt des Präsidenten ins Spiel zu bringen. Zu den innerparteilichen Konkurrenten Kallas gehörten vor allem der frühere Golkar-Vorsitzende Akbar Tanjung, den Kalla 2004 nach seinem Wahlsieg an der Seite Yudhoyonos von der Spitze der Golkar verdrängt hatte, sowie der Sultan und Gouverneur von Yogyakarta, Hamengku Buwono X. Durch das Vorpreschen seiner innerparteilichen Rivalen war der Erwartungsdruck sowohl unter den Golkar-Mitgliedern als auch in der Öffentlichkeit schließlich so groß, dass Kalla am 17. Februar 2009 seine Bereitschaft zu einer Kandidatur als Präsident erklärte und sich zwei Wochen nach der Parlamentswahl als Gegenkandidat zu SBY nominieren ließ⁸.

Die durch das lange Zögern Jusuf Kallas öffentlich gewordenen Zerwürfnisse innerhalb der Golkar kosteten die Partei nach Meinung von Analysten viel Sympathien und damit letztendlich Stimmen in der Bevölkerung. Auch der im

Die durch das lange Zögern Jusuf Kallas öffentlich gewordenen Zerwürfnisse innerhalb der Golkar kosteten die Partei nach Meinung von Analysten viel Sympathien und damit letztendlich Stimmen in der Bevölkerung.

8 | Ausführlichere Informationen über die Vorgänge innerhalb der Golkar finden sich weiter unten im Text im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen.

Vergleich zu anderen Parteien späte Start der Golkar-Kampagne im Januar 2009 und die schlechten Umfragewerte des Vize-Präsidenten trugen nach Ansicht von Umar S. Bakkry, Direktor des Nationalen Umfrage-Instituts (LSN), zum Absturz der Partei von 21,6 auf 15,5 Prozent bei: „Anstatt Yudhoyonos Popularität zu schaden, hat die vermeintliche Schwäche der Wirtschaft die Popularität von Kalla und der Golkar-Partei beschädigt.“⁹

EHEMALIGE GENERÄLE PROFITIEREN VON DER UNZUFRIEDENHEIT VIELER WÄHLER

Die Schwäche der etablierten Parteien PDI-P und Golkar sowie die Unzufriedenheit vieler Wähler nutzten neben der PD vor allem zwei neuen nationalistischen Parteien: Der Partei des Volksgewissens (Hanura) und der Partei Bewegung Gesamt-Indonesien (Gerindra). Hanura wurde Ende 2006 von General Wiranto, dem erfolglosen Präsidentschaftskandidaten der Golkar von 2004, als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung durch seine Partei im Wahlkampf gegründet. Dem ehemaligen Oberbefehlshaber der indonesischen Armee wird von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, 1999 für die Vertreibung von 150 000 Flüchtlingen aus Osttimor und den Tod Tausender Menschen verantwortlich gewesen zu sein. Indonesien hat jedoch bisher Wirantos Auslieferung an Ost-Timor verweigert, wo dieser seit 2004 per Haftbefehl gesucht wird, so dass der ehemalige General bisher nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Immerhin schaffte Hanura mit 3,77 Prozent beim ersten Anlauf den Einzug ins Parlament.

Die erst im Februar 2008 gegründete Gerindra ist ebenfalls das politische Vehikel eines ehemaligen Generals aus der Suharto-Ära. Prabowo Subianto, der als langjähriger Adjutant und zeitweise auch Schwiegersohn General Suhartos weiter enge Verbindungen zum noch immer sehr einflussreichen und vermögenden Suharto-Clan unterhält und lange zum Führungszirkel der Golkar zählte, wechselte Mitte 2008 als Präsidentschaftskandidat zu Gerindra, da er in seiner alten Partei keine Chancen auf eine Nominierung hatte. Wie Wiranto wird auch Prabowo beschuldigt, als Anführer der Spezialeinheit *Kopassus* in die Ermordung und Folterung von Anhängern der ost-timoresischen Unabhängigkeitsbewegung verwickelt ge-

wesen zu sein. Ihr gutes Wahlergebnis von 4,45 Prozent verdankt die Gerindra auch ihrer ausgefeilten TV-Kampagne, die nach Auskunft von AC Nielsen allein zwischen Juli und Oktober 2008 über 530 000 Euro kostete – eine immense Summe für ein Land, in dem noch immer 14,15 Prozent der Bevölkerung als arm gelten, da sie weniger als 200 262 IDR (14,23 Euro) pro Monat für ihren Lebensunterhalt ausgeben können.¹⁰

Ihr gutes Wahlergebnis von 4,45 Prozent verdankt die Gerindra auch ihrer ausgefeilten TV-Kampagne, die nach Auskunft von AC Nielsen allein zwischen Juli und Oktober 2008 über 530 000 Euro kostete – eine immense Summe für ein Land, in dem noch immer 14,15 Prozent der Bevölkerung als arm gelten.

GEMÄSSIGT-ISLAMISCHE PARTEIEN IN SICH ZERSTRITTEN UND ZERSPLITTERT

Der Stimmenanteil islamischer Parteien ist gegenüber 2004 von insgesamt 37,4 auf 24,15 Prozent zurückgegangen. Nur die islamistische PKS konnte ihr Ergebnis gegenüber 2004 leicht von 7,3 auf 7,88 Prozent verbessern. Die moderate PPP sowie die den beiden islamischen Massenorganisationen Muhammadiyah und Nahdlatul Ulama (NU) nahestehenden Parteien PAN und PKB mussten dagegen Einbußen hinnehmen. Insbesondere die 1998 von Altpräsident Abdurrahman Wahid (1999–2001) gegründete PKB brach von 10,6 Prozent auf nicht einmal mehr fünf Prozent ein. Grund hierfür waren vor allem die seit Jahren anhaltenden Machtkämpfe innerhalb der Parteispitze, an deren Ende Abdurrahman Wahid Mitte 2008 vor Gericht die Führung der PKB an seinen Neffen Muhaimin Iskander verlor und sich die Partei in zwei Lager spaltete. Wahid nutzte daraufhin seinen noch immer hohen Bekanntheitsgrad, um zum Wahlboykott aufzurufen und eine Kampagne gegen seine frühere Partei zu führen.

Auch die 1973 gegründete PPP, unter dem Suharto-Regime die Sammlungspartei der gläubigen Muslime, litt im Wahlkampf unter internen Querelen und der Abspaltung der PBR (früher PPPR) im Jahr 2002. Zudem bekam sie die Enttäuschung der Wähler über die etablierten Parteien zu spüren. Die PPP konnte daher ein erneutes Absinken in der Wählergunst nicht verhindern und erzielte nur noch 5,32 Prozent.

Die der Muhammadiyah nahestehende PAN unter ihrem Vorsitzenden Sutrisno Bachir hat sich in den letzten Jahren relativ erfolgreich einem größeren Wählerkreis geöffnet. Dennoch

ist die Partei weiter von der Unterstützung der mit etwa 30 Millionen Mitgliedern zweitgrößten Muslim-Organisation Indonesiens abhängig. Die Gründung einer weiteren Partei durch einflussreiche Muhammadiyah-Mitglieder hat der PAN weniger geschadet, als zunächst erwartet. Sie konnte ihr Wahlergebnis mit 6,04 gegenüber 6,4 Prozent 2004 fast halten.

Die islamistische Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit (PKS), die 2002 aus der 1998 gegründeten Gerechtigkeitspartei hervorging, hat ihre ideologischen Wurzeln in der fundamentalistischen Muslim-Bruderschaft, welche 1929 von dem ägyptischen Reformler Hasan Al-Banna als islamische Erneuerungsbewegung gegründet wurde. Um sich im pluralistischen Parteienspektrum der Post-Suharto-Ära zu etablieren, rückte die Parteispitze in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit von ihren früheren Forderungen nach Einführung der

Sharia oder der Errichtung der islamischen Republik Indonesien ab. Durch solide Basisarbeit hat sich die streng konservativ-islamisch auftretende PKS mit ihren etwa 800 000 straff organisierten Funktionären einen Namen als Kämpferin gegen allgegenwärtige Korruption und für die Bewahrung der öffentlichen Moral und Ordnung gemacht. Um ihr Wählerspektrum zu erweitern, richtete die Parteiführung

der PKS ihren Wahlkampf vor allem auf Wähler der politischen Mitte und des nationalistischen Lagers aus. Diese Taktik der PKS erwies sich jedoch als weniger erfolgreich, da sie hierdurch ihre Stammwähler vor den Kopf stieß. Zudem hatten auch die anderen Parteien das wachsende Potenzial der konservativ-muslimischen Wähler längst erkannt und im Wahlkampf gezielt die religiöse Karte gespielt.

Durch solide Basisarbeit hat sich die streng konservativ-islamisch auftretende PKS mit ihren etwa 800 000 straff organisierten Funktionären einen Namen als Kämpferin gegen allgegenwärtige Korruption und für die Bewahrung der öffentlichen Moral und Ordnung gemacht.

PROBLEME DES DIREKTWAHLSYSTEMS

Eine bedeutende Änderung gegenüber der letzten Parlamentswahl 2004 bestand darin, dass nach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom 23. Dezember 2008 Artikel 214 des Wahlgesetzes für ungültig erklärt wurde. Diese Klausel hatte es den Parteien bisher erlaubt, die Reihenfolge ihrer Kandidaten auf dem Wahlzettel eigenständig festzulegen. Die von der jeweiligen Partei aufgrund ihres Stimmenanteils in einem Wahlbezirk errungenen Sitze wurden nach der Wahl in dieser Abfolge an die Kandidaten verteilt. Die oberen Listenplätze waren innerhalb der Parteien stets hart umkämpft. Auf diese

Weise stellten die Parteien sicher, dass einflussreichen Mitgliedern der Einzug ins Parlament garantiert war, ohne sich mit einem aufwendigen Wahlkampf belasten zu müssen. Kandidaten auf unteren Listenplätzen hatten praktisch nur dann eine Chance, wenn es ihnen gelang, 30 Prozent der gültigen Stimmen in ihrem Wahlkreis zu erringen und dadurch direkt ein Mandat zu erhalten. Dies gelang 2004 nur vier von 550 Abgeordneten.

Viele Kommentatoren lobten die Entscheidung des Verfassungsgerichts als wichtigen Schritt für mehr Demokratie. „Das System ist gut für unsere Wahl, da es die Kandidaten nötigt, tief in ihrem Wahlbezirk verwurzelt und unter den Wählern bekannt zu sein“, stellte zum Beispiel Muhammad Qodari vom Meinungsforschungsinstitut Indo Barometer fest.¹¹ Auch einige Parteien begrüßten das Urteil. Dabei handelte es sich vor allem um Golkar, die PD und die PAN, die bereits im Sommer interne Regelungen für ein solches offenes Listensystem getroffen hatten, um ihre Attraktivität für die Wähler zu erhöhen.

Das neue Direktwahlsystem hat jedoch den Nachteil, dass die politischen Inhalte in den Hintergrund rücken und gerade prominente Kandidaten – Sänger, Schauspieler und die Kinder bekannter Politiker – größere Chancen auf einen Sitz im Parlament erhalten. So haben der Sohn von Präsident Yudhoyono und die Tochter von Megawati Sukarnoputri nicht nur den Einzug ins Parlament geschafft, sondern auch die besten Wahlergebnisse aller Kandidaten erzielt.¹²

Das neue Direktwahlsystem hat den Nachteil, dass die politischen Inhalte in den Hintergrund rücken und gerade prominente Kandidaten – Sänger, Schauspieler und die Kinder bekannter Politiker – größere Chancen auf einen Sitz im Parlament erhalten.

Eine eindeutig negative Auswirkung der Direktwahl war, dass die zwar offiziell verbotene, aber dennoch weit verbreitete Praxis des Stimmenkaufs durch „Wahlgeschenke“ in Form von T-Shirts, Lebensmitteln und kleinen Geldbeträgen durch den höheren Konkurrenzdruck weiter angeheizt wurde. „Offen gesagt, bin ich besorgt, denn in so einer Stimmung werden die Leute nur die Kandidaten wählen, die ihnen Geld geben, unabhängig davon, wie fähig sie sind“, kritisierte Rubiyanto Misman, ehemaliger Rektor der Jendral Soedirman Universität von Purwokerto in Zentral-Java.

11 | Vgl. *Jakarta Globe*, 16. März 2009.

12 | Vgl. *Jakarta Globe*, 28. Mai 2009.

WEIBLICHE KANDIDATEN BENACHTEILIGT?

Es wurde erwartet, dass sich das neue Direktwahlsystem negativ auf den ohnehin niedrigen Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament von 11,8 Prozent auswirken würde. In diesem Sinne bezeichnete die Generalsekretärin der Indonesischen Frauenkoalition Masruchah das Urteil des Verfassungsgerichts „den Frauen gegenüber nicht fair, denn wenn Kandidaten nur anhand der von ihnen erzielten Stimmen gewählt werden, wird es die Möglichkeiten weiblicher Kandidaten zur Teilnahme an Parlamentswahlen aufgrund der stark patriarchalischen Kultur der indonesischen Gesellschaft allgemein und speziell der Parteien noch weiter einschränken“.¹³ Nach Ansicht von Hadar N. Gumay vom Center for Electoral Reform (Cetro) spielt auch die Religion eine große Rolle: „Indonesien ist eine von Männern dominierte Gesellschaft und eine Menge Dinge, einschließlich der Politik, werden auf muslimische Art geregelt. Eine Menge muslimischer Parteien und religiöser Führer sagen, dass es sich für eine Frau nicht schickt, das Land zu regieren, und dass ein von Frauen regiertes Land zugrunde gehen wird.“¹⁴ Hinzu kommt, dass weibliche Kandidaten meist über weniger Erfahrung und Geld für ihren Wahlkampf verfügen.

Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichts hatten viele Parteien versucht, die Frauenquote zu unterlaufen, indem Kandidatinnen häufig wenig aussichtsreiche Plätze am Ende der Liste erhielten. Sechs Parteien – darunter PAN, PPP und Gerindra – verfehlten die 30 Prozent sogar knapp, ohne deshalb mit Sanktionen belegt worden zu sein, da dies im Wahlgesetz nicht vorgesehen ist. Umso

Gegenüber 2004 stieg die Zahl weiblicher Abgeordneter von 63 auf 102; dies entspricht einer Steigerung des Frauenanteils im DPR-RI von elf auf 18 Prozent – so hoch wie noch niemals zuvor. Ein wesentlicher Grund für diesen überraschenden Erfolg scheint neben der Sympathie vieler Wählerinnen die wachsende Frustration über die anhaltenden Bestechungsskandale in der indonesischen Politik zu sein – Korruptionsanklagen gegen weibliche Abgeordnete sind dagegen die große Ausnahme.

erstaunlicher ist das Wahlergebnis: Gegenüber 2004 stieg die Zahl weiblicher Abgeordneter von 63 auf 102; dies entspricht einer Steigerung des Frauenanteils im DPR-RI von elf auf 18 Prozent – so hoch wie noch niemals zuvor. Ein wesentlicher Grund für diesen überraschenden Erfolg scheint neben der Sympathie vieler Wählerinnen die wachsende Frustration über die anhaltenden Bestechungsskandale in der indonesischen Politik zu sein – Korruptionsanklagen gegen weibliche Abgeordnete sind da-

13 | *Jakarta Post*, 26. Dezember 2008.

14 | AFP, 22. März 2009.

gegen die große Ausnahme. Zudem scheinen die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber weiblichen Kandidaten weit geringer gewesen zu sein als in den politischen Parteien selber: Nach einer Umfrage von Indo Barometer von Anfang März 2009 mit 1 200 Befragten in 33 Provinzen unterstützten 81,6 Prozent weibliche Kandidaten. „Wir sind erfreut über das Ergebnis, besonders da es unerwartet ist“, kommentierte Titi Sumbung, geschäftsführende Direktorin des Indonesia Center for Women in Politics (ICWIP), das Wahlergebnis. „Aber es scheint, dass Frauen mit einer erfolgreichen Bilanz im Bereich der Frauenrechte keine Sitze erringen konnten, während Schauspielerinnen, Sängerinnen und Verwandte von mächtigen Politikern erfolgreich waren.“

ERHEBLICHE ORGANISATORISCHE UND LOGISTISCHE PROBLEME GEFÄHRDETEN DIE WAHL

Das größte Problem bei den Parlamentswahlen 2009 bereiteten die Logistik und die Organisation bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Im Vergleich zu früheren Wahlen auf Landes- und Provinzebene hat die aktuelle Wahlkommission (KPU) diese schlechter gelöst als ihre Vorgänger. So war die KPU nicht in der Lage, rechtzeitig vor dem Wahltag allen Wahllokalen die richtigen Stimmzettel zur Verfügung zu stellen und für die korrekte Registrierung der Wähler zu sorgen. Oppositionsführerin Megawati Sukarnoputri von der PDI-P bezeichnete die Wahl 2009 daher als die schlechteste seit dem Übergang Indonesiens zur Demokratie vor zehn Jahren.

Die vorläufige Kandidatenübersicht wurde erst am 7. Oktober 2008 veröffentlicht, obwohl die offizielle Nominierungsfrist bereits am 18. August 2008 abgelaufen war. Ferner konnte erst am 9. Februar mit dem Druck der Wahlzettel begonnen werden, da auch die überarbeitete Kandidatenliste noch orthographische Fehler enthielt und das Vergabeverfahren für den Druck, das eigentlich im November abgeschlossen werden sollte, bis Ende Januar verschleppt worden war. Die insgesamt benötigten 686 Millionen Stimmzettel waren daher erst am 14. März verfügbar – eine Woche nach dem bereits verschobenen Stichtag. Am Ende erhielten trotz der riesigen Entfernung und der Unzugänglichkeit einiger Gebiete angeblich alle 528 217 Wahllokale ausreichend viele Unterlagen – manche jedoch erst am Tag der Wahl. In einigen Bezirken

wurden zudem die Wahlzettel vertauscht, so dass die Wähler nicht für ihre lokalen Kandidaten stimmen konnten und die Wahlen daher entweder wiederholt oder nur die Parteistimmen gezählt wurden.

Ähnliche Probleme entstanden bei der Registrierung der Wahlberechtigten in den offiziellen Wählerlisten. Obwohl das Innenministerium den lokalen Wahlkommissionen bereits im April 2008 vorläufige Listen zur Verfügung gestellt hatte, hatten Mitte August erst ein knappes Drittel die notwendigen Überprüfungen vorgenommen. Etwa 20 Prozent der Wähler waren zu diesem Zeitpunkt daher noch nicht registriert und damit offiziell nicht wahlberechtigt. Über 92 Prozent der Wähler waren sich zudem gar nicht bewusst, dass sie nur bis zum 18. August Zeit hatten zu prüfen, ob sich ihr Name auf der Wählerliste befand; nur 3,4 Prozent hatten diese Überprüfung tatsächlich vorgenommen. Die KPU verschob die für den 21. August geplante Schließung der Wählerlisten daher auf den 8. September. Die schließlich am 24. Oktober publizierte Aufstellung aller Wahlberechtigten erwies sich jedoch noch immer als fehlerhaft. Neben Toten und Minderjährigen fanden sich in den Listen auch Personen, die im betroffenen Wahlbezirk gänzlich unbekannt waren. In West-Papua wurde zum Beispiel festgestellt, dass 127 000 der dort registrierten Wähler überhaupt nicht existierten. Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, per Erlass vom 26. Februar eine erneute Überarbeitung der Listen bis zum 12. März zuzulassen. Dennoch waren am 9. April noch immer circa zehn Millionen Personen nicht zur Stimmabgabe zugelassen, da sie nicht oder nicht korrekt registriert worden waren. Dies und das Problem der „Geisterwähler“ – nicht existierende oder bereits verstorbene Personen – erklären zum Teil auch den ungewöhnlich hohen Anstieg der Nichtwählerquote von 16 auf 29 Prozent gegenüber 2004.

Ein weiteres Problem war die Unkenntnis der Wähler über den Wahlvorgang. Fast zwei Drittel der Wähler waren sich im Dezember noch nicht bewusst, dass sie im Unterschied zu 2004 den Wahlzettel nicht mit einem Nagel durchstechen, sondern einen Haken hinter dem Namen des Kandidaten oder der Partei machen mussten. Weitere Testläufe Mitte Februar ergaben, dass aufgrund der sehr eng gefassten Regelung etwa 25 Prozent der Stimmen ungültig sein würden. Im Norden Jarkartas belief sich der Anteil in einem Test sogar auf 60 Prozent. Die KPU erließ daher Mitte April eine Anordnung, die

auch andere Markierungen der Wahlzettel zuließ. Das amtliche Endergebnis mit 14,4 Prozent ungültiger Stimmen zeigte zwar eine deutliche Verbesserung gegenüber den Testläufen, doch reichten die Maßnahmen nicht aus, um die mangelhafte Information der Wähler durch die KPU aufzufangen und den Anteil der ungültigen Stimmen auf das international übliche Maß von zwei bis drei Prozent zu senken.

Das amtliche Endergebnis mit 14,4 Prozent ungültiger Stimmen zeigte zwar eine deutliche Verbesserung gegenüber den Testläufen, doch reichten die Maßnahmen nicht aus, um die mangelhafte Information der Wähler durch die KPU aufzufangen und den Anteil der ungültigen Stimmen auf das international übliche Maß von zwei bis drei Prozent zu senken.

Nach dem 9. April drohten zunächst eine Reihe unterlegener Parteien, darunter auch die PDI-P, wegen angeblicher Wahlmanipulationen zugunsten der PD mit einem Boykott der Präsidentschaftswahlen. Je weiter sich allerdings die Koalitionsgespräche der Parteien bezüglich der Kandidatenaufstellung für den 8. Juli entwickelten, desto mehr verstummten auch die Rufe nach einem Boykott.

Wie schon bei den Wahlen 2004 lagen bereits wenige Stunden nach der Öffnung der Wahllokale *Quick Counts* verschiedener Umfrageinstitute vor, die das Endergebnis bereits bis auf wenige Prozent Abweichung korrekt wiedergaben. Dennoch dauerte es wegen des Ausfalls des neuen elektronischen Systems, mit dem die einzelnen Wahlbezirke ihre Auszählergebnisse nach Jakarta übertragen sollten, erheblich länger als geplant, bis alle abgegebenen Stimmen schließlich manuell ausgezählt und amtlich registriert waren. Der von der KPU gesetzte Termin am 9. Mai 2009 für die Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses wurde knapp eingehalten. Die Bekanntgabe der genauen Stärke der einzelnen Parlamentsfraktionen verzögerte sich aufgrund eines Streits zwischen der KPU und dem Obersten Gerichtshof über die korrekte Berechnung der Sitzverteilung, der letztendlich vom Verfassungsgericht entschieden werden musste, bis zum 5. September 2009 – also bis weit nach der Präsidentschaftswahl und nur gut drei Wochen vor der Inauguration des neuen Parlaments.

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VOM 8. JULI 2009

Der anschließende Präsidentschaftswahlkampf, aus dem der amtierende Präsident, Susilo Bambang Yudhoyono, am 8. Juli 2009 als deutlicher Sieger hervorging, verlief ebenfalls fair und sachlich. Zudem war der Wahlkampf erheblich stärker

von Inhalten geprägt als vor den Parlamentswahlen, da hier die inhaltlichen Positionen von drei Lagern für den Wähler einfacher zu verstehen und vergleichbarer waren als die von den 38 Parteien, die sich um den Einzug ins nationale Parlament beworben hatten.

Das amtliche Endergebnis vom 25. Juli 2009 für die jeweiligen Kandidaten, die ebenso wie in den USA immer als Paar für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten antreten:

Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) / Boediono:	60,80 Prozent (73 874 562 Millionen)
Megawati Sukarnoputri / Prabowo Subianto	26,79 Prozent (32 548 105 Millionen)
Jusuf Kalla / Wiranto	12,41 Prozent (15 081 814 Millionen)

Da von allen im neugewählten Parlament vertretenen Parteien nur die PD die genannten Anforderungen an Stimmenanteil und Fraktionsstärke erfüllte, waren alle übrigen Parteien gezwungen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, um dann als Parteienbündnisse die Nominierungen vornehmen zu können.

Da von allen im neugewählten Parlament vertretenen Parteien nur die PD die genannten Anforderungen an Stimmenanteil und Fraktionsstärke erfüllte, waren alle übrigen Parteien gezwungen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, um dann als Parteienbündnisse die Nominierungen vornehmen zu können. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen bildeten somit die Ausgangslage und Basis der Koalitionsverhandlungen, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden der ersten Trendmeldungen aufgenommen wurden.

Für einen außen stehenden Beobachter hätte das Ergebnis der Parlamentswahlen zwangsläufig eine Fortsetzung des bisherigen Präsidentschaftsduos SBY/Jusuf Kalla impliziert. Mit 35 Prozent der abgegebenen Stimmen für Partai Demokrat und Golkar hätten beide Kandidaten auf eine komfortable Basis bauen und so problemlos weitere Parteien für ihre Koalition gewinnen können. Allen anderen potenziellen Kandidaten hätte es enorme Probleme bereitet, sich gegen diese Konstellation durchzusetzen. Die Eigendynamik innerhalb der ehemaligen Staatspartei Golkar ließ diese Entwicklungen jedoch gänzlich anders verlaufen.

KALLA/WIRANTO (GOLKAR/HANURA)

Die Golkar-Partei, die bis zum Sturz Suhartos 1998 gewohnt war, sich auf eine einzige Führungsperson zu konzentrieren,

sah sich in der auslaufenden Legislaturperiode in der Situation, zwar die größte Fraktion im Parlament zu stellen, aber nur den Posten des Vizepräsidenten zu besetzen. Dies entsprach nicht dem innerparteilichen Selbstverständnis. Bei einem außerordentlichen Treffen der 33 Provinzvorsitzenden und Mitgliedern des nationalen Vorstandes, das zweieinhalb Wochen nach den Parlamentswahlen in Jakarta stattfand, rief dieses eigentlich nicht satzungsgemäße Gremium den Parteivorsitzenden Jusuf Kalla als Präsidentschaftskandidaten von Golkar aus. Dieser aus partei- und machttaktischen Erwägungen in keiner Weise nachvollziehbare Schritt Golkar zur Nominierung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten¹⁵ wurde vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Muladi entsprechend kommentiert: „What happened here is more about emotion. The dignity of the party should be number one [...] Emotional nuances are extremely high, so what ever the result whether the party can win or lose the election is no longer important.“¹⁶ Golkar und die neue Partei Hanura des früheren Golkar-Mannes und Ex-Generals Wiranto waren folglich die ersten, die am 1. Mai zusammen mit acht weiteren kleinen Parteien (die den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatten) offiziell die Koalition um das Kandidatenteam Kalla/Wiranto bekanntgaben.

Die Kandidaten

Muhammad Jusuf Kalla (67), kurz „JeKa“ genannt, amtierender Vizepräsident der Legislaturperiode 2004–2009, stammt aus dem Süden Sulawesi (der früheren Insel Celebes) und studierte Wirtschaftswissenschaften an der Nationalen Universität in Makassar/Sulawesi sowie am European Institute of Business Administration in Fontainebleau, Frankreich. Er ist ein erfolgreicher Geschäftsmann und Chef seines großen Familienunternehmens. Der Süden der Insel Sulawesi, namentlich die Millionenstadt Makassar, ist eine Hochburg der Golkar und stellt zugleich Kallas Machtbasis dar.¹⁷ Kalla ist seit 1987 Mitglied des Parlaments und fungierte von 1999 bis 2000 als Industrie- und Handelsminister und von 2000 bis 2004 als Koordinierender Minister für den nationalen Wohl-

15 | Eine Umfrage im April 2009 ergab, dass nur 3,8 Prozent der Befragten Kalla als geeigneten Kandidaten für das Präsidentenamt erachteten. In: *Jakarta Post*, 24.4.2009, S. 2.

16 | Ebd.

17 | Damit ist Kalla der einzige der sechs Kandidaten, der nicht der Volksgruppe der Javaner angehört.

stand (vergleichbar mit dem deutschen Sozialminister). Mit seiner Wahl zum Vizepräsidenten übernahm er im Jahr 2004 den Vorsitz der Golkar.

Wiranto (62) wurde in Yogyakarta, dem kulturellen und spirituellen Zentrum Javas, geboren. Als Javaner gehört er der weitaus größten und dominierenden Volksgruppe an, die nahezu die Hälfte aller Indonesier umfasst. Der ehemalige Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte und Verteidigungsminister unter Suharto und Habibie war der offizielle Präsidentschaftskandidat der Golkar im Wahljahr 2004, unterlag jedoch SBY und Kalla (der damals ohne offizielle Golkar-Unterstützung kandidierte), woraufhin er Golkar verließ und 2006 mit der „Partei des nationalen Bewusstseins“ Hanura eine neue Partei aufbaute.

SBY/BOEDIONO (PARTAI DEMOKRAT)

Nachdem seine Partai Demokrat (PD) ihren Stimmanteil fast verdreifacht und damit einen fulminanten Wahlsieg errungen hatte, konnte der amtierende Staatspräsident Yudhoyono mit relativer Gelassenheit die Koalitionsverhandlungen angehen. Bereits am 27. April verkündete die Führung der PD eine Vereinbarung mit 14 kleineren Parteien (ohne Parlamentsmandat), die zusammen 12,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatten. Offen blieb jedoch, mit wem er ins Rennen gehen würde. In den darauf folgenden Tagen schlossen sich alle vier islamischen Parteien, die mit einem Stimmenanteil von zusammen knapp 25 Prozent den Einzug ins Parlament geschafft hatten, der Yudhoyono-Koalition an.

Die Kandidaten

Susilo Bambang Yudhoyono (59) oder kurz SBY (so wird er nicht nur im Volk genannt, sondern auch mit „Herr SBY“ angesprochen), stammt aus Ost-Java und erhielt seine Ausbildung an der Akademie der Indonesischen Streitkräfte (ebenso wie Wiranto und Prabowo). Er kann auf eine abwechslungsreiche Offizierskarriere mit verschiedenen Einsatzbereichen zurückblicken, die er als Generalleutnant beendete. Präsident Abdurrahman Wahid holte ihn als Rohstoff- und Energieminister ins Kabinett, danach wurde er Minister für „Politik und Sicherheit“. Das Ministeramt behielt er auch unter Präsidentin Megawati bei. Im Jahr 2001 gründete er die Partai Demokrat PD, die 2004 mit überraschenden 7,5 Pro-

zent ins nationale Parlament einzog. Mit ihr gelang ihm im selben Jahr ein weiterer Coup, als er im 2. Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Boediono (66) stammt ebenfalls aus Ost-Java, studierte Wirtschaftswissenschaften an zwei Universitäten in Australien und promovierte an der University of Pennsylvania zum Doctor of Philosophy in Business Economics. Der langjährige Professor für Volkswirtschaft an der Universitas Gadjah Mada in Yogyakarta (der größten Universität Indonesiens) wurde 1998 von Präsident Habibie zum Minister für Landesentwicklungsplanung berufen. Präsidentin Megawati ernannte ihn 2001 zum Finanzminister (bis 2004). SBY wiederum setzte ihn als Koordinierenden Minister für Wirtschaft ein (2005–2008). Seit 2008 fungiert Boediono als Gouverneur der Indonesischen Zentralbank (mit der Nominierung zum Vizepräsidentenskandidaten im Mai trat Boediono von diesem Amt zurück).

MEGAWATI/PRABOWO (PDI-P/GERINDRA)

In Ermangelung anderer Möglichkeiten blieb Ibu Mega und Prabowo Subianto nichts anderes übrig, als eine politische Zweckehe auf Zeit einzugehen. Dazu mussten sich beide Seiten wohl bis zur Selbstverleugnung überwinden. Für Prabowo Subianto war es schwer, nur als Vizepräsident aufgestellt zu werden. Zu diesem Zugeständnis war er möglicherweise auch nur deshalb bereit, weil er als einziger der sechs Kandidaten Chancen für eine Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2014 hat. Zudem schaffte er es, seinen Preis auf zehn Ministerposten im Kabinett für seine 4,5-Prozent-Partei Gerindra hochzuschrauben.

Die Kandidaten

Megawati Sukarnoputri (62), Staatspräsidentin von Juli 2001 bis Oktober 2004, ist die in Yogyakarta geborene älteste Tochter des Staatsgründers Sukarno. Aufgrund des Politikverbots für Sukarnos Familie während der frühen und mittleren Suharto-Ära wurde sie erst 1993 als Abgeordnete der Oppositionspartei PDI (Demokratische Partei Indonesiens) politisch aktiv. Als Kämpferin für die armen Bevölkerungsschichten und aufgrund ihrer klaren Abgrenzung zum Suharto-Clan und seinen Machenschaften stieg ihre Beliebtheit in der Bevölkerung stetig, womit sie den Grundstein für ihre

politischen Erfolge in den ersten Jahren der *reformasi*-Ära nach 1998 gelegt hatte. Ihre Partei PDI-P (Indonesische Demokratische Partei des Politischen Kampfes) errang bereits bei den ersten freien Wahlen 1999 ein Drittel der Wählerstimmen. Nach der Absetzung von Präsident Abdurrahman Wahid wurde Megawati 2001 als Staatspräsidentin vereidigt, verlor aber die Wahlen 2004 gegen ihren Sicherheitsminister Yudhoyono.

Prabowo Subianto (57) aus Jakarta hat sich erst 2008 mit der Gründung der Partei der Bewegung Gesamt-Indonesien (Gerindra) der Politik verschrieben. Zwischen seiner Entlassung aus dem Armeedienst (s.o.) und dem Einstieg in die Politik machte er eine Businesskarriere. Zugleich trifft der leidenschaftliche Polo-Spieler als Vorsitzender des Indonesischen Bauernverbandes genau den Ton, den arme Bevölkerungsschichten gerne hören wollen. Als Mitglied der regierenden Familie war ihm eine Blitzkarriere in den Streitkräften beschieden. Dennoch ist sein Name heute vor allem mit Erschießungen während der Unruhen in Jakarta 1998 durch die *KOPASSUS*-Einheiten verbunden, die er als junger Brigadegeneral befehligte.

DER WAHLKAMPF – STRUKTURIERT UND FREUNDLICH

Nachdem Anfang Juni die Einschreibungsfrist für Kandidaten zur Präsidentschaftswahl abgelaufen, alle drei Kandidatenpaare offiziell nominiert worden waren, begann ein Monat des strukturierten Wahlkampfes. Strukturiert deshalb, weil die oberste Wahlbehörde KPU exakt festlegte, ab und bis wann Wahlkampf betrieben werden durfte, nämlich vom 2. Juni bis zum 4. Juli. Hierzu fanden drei Fernsehdiskussionen mit den Präsidentschafts- und zwei TV-Diskussionen mit den Vizepräsidentschaftskandidaten statt. Im Zentrum einer jeden Talkshow stand ein Themenschwerpunkt, der jeweils von einem anderen namhaften Wissenschaftler moderiert wurde.

Bereits in der ersten Fernsehdebatte zu den Themen „Gute Regierungsführung“ sowie „Menschen- und Bürgerrechte“ offenbarten sich die Nachteile einer hoch formalisierten Diskussionsvorbereitung und Durchführung. Es kam keine Spannung auf, die Kandidaten bewegten sich nur mühsam in dem von der Wahlbehörde auferlegten Frage- und Antwortkorsett.

Allgemein blieb der Ton der Kandidaten untereinander sehr freundlich. Eine recht undurchsichtige Rolle spielten vor allem gegen Ende der Wahlkampfphase vereinzelt Umfrageinstitute. Zwar verzeichneten alle Institute im Verlauf des Junis den Trend, dass SBYs Beliebtheit zugunsten der beiden anderen Kandidaten sank, doch im Großen und Ganzen sahen ihn nahezu alle Institute als klaren Gewinner im ersten Wahlgang.

Allgemein blieb der Ton der Kandidaten untereinander sehr freundlich. Eine recht undurchsichtige Rolle spielten vor allem gegen Ende der Wahlkampfphase vereinzelt Umfrageinstitute.

INHALTE STATT SCHLAMMSCHLACHTEN

Eine klare Verortung der einzelnen politischen Positionen konnte im Bereich der Wirtschaftspolitik vorgenommen werden. So hatte SBY allein schon durch die Wahl seines Vizekandidaten, der ein hohes Maß an wirtschaftspolitischer Kompetenz mit ins Amt bringt und dessen liberale wirtschaftspolitische Gesinnung bekannt ist, eine deutliche Aussage hinsichtlich einer liberalen, vergleichsweise realitätsbezogenen Wirtschaftspolitik getroffen. SBY und Boediono betonten mehrfach, die Rolle des Staates im wirtschaftspolitischen Geschehen auf das notwendige Minimum reduzieren und zugleich die staatliche Bürokratie reformieren zu wollen, um so Investitionen in Indonesien zu erleichtern. Im Gegensatz zu dieser Position vertraten Megawati und Prabowo eine Wirtschaftspolitik zugunsten der armen Bevölkerungsschichten, was mit gewissen protektionistischen Maßnahmen und der gleichzeitigen Reduzierung der Auslandsverschuldung einhergehen sollte. Sie gingen dabei von einem durchschnittlich zehnprozentigen Wirtschaftswachstum in den kommenden fünf Jahren aus – eine sehr optimistische Einschätzung. Kalla wiederum bewegte sich zwischen den beiden Positionen. Er setzte auf ausländische Investitionen, die durch ein sicheres und stabiles Umfeld angezogen werden sollten. In der einheimischen Wirtschaft setzte er auf die Entwicklung des KMU-Sektors und einen stärkeren Verbrauch inländischer Güter.

Eine klare Verortung der einzelnen politischen Positionen konnte im Bereich der Wirtschaftspolitik vorgenommen werden.

Im Erziehungswesen sahen alle Kandidaten weiterhin Handlungsbedarf. Allerdings verwies SBY zu Recht darauf, dass er den Erziehungsetat bereits auf 20 Prozent des Gesamthaushalts angehoben hatte und dies nun erst einmal Auswirkung zeitigen müsse. Kalla hielt sogar eine weitere Steigerung auf 25 Prozent für möglich, da er dies als Investition in Indonesiens Zukunft erachtete. Daher sah er einen wichtigen An-

satzpunkt in der Qualitätssteigerung der Lehrkräfte wie auch der Lehrpläne auf allen schulischen Ebenen außerhalb der Insel Java, um so zu einer Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse in ganz Indonesien zu kommen.

Die Außenpolitik hat sich zu einer Domäne der Regierung SBY entwickelt. Verschiedene große UN-Konferenzen sind in den letzten Jahren in Indonesien durchgeführt worden (z. B. die Kyoto-Nachfolgekonzferenz auf Bali im Jahr 2008). Zugleich ist Indonesien neun Unterorganisationen der Vereinten Nationen beigetreten.

Die Außenpolitik hat sich zu einer Domäne der Regierung SBY entwickelt. Verschiedene große UN-Konferenzen sind in den letzten Jahren in Indonesien durchgeführt worden (z. B. die Kyoto-Nachfolgekonzferenz auf Bali im Jahr 2008). Zugleich ist Indonesien neun Unterorganisationen der Vereinten Nationen beigetreten. Besonders wichtig für das Selbstverständnis der Indonesier ist die Aufnahme ihres Landes in den Kreis der G20. Doch Jusuf Kalla war dies nicht genug. Er sah wichtige Aufgaben in der Führungsrolle Indonesiens in ASEAN und im internationalen Friedensprozess. Indonesien soll zu einem Stabilitätsanker in Südostasien werden.

DAS NEUE KABINETT – AUSDRUCK DER KONSENS-DEMOKRATIE?

Die beiden interessantesten politischen Fragen in den Wochen vor der offiziellen Amtseinführung des Präsidenten und seines neuen Stellvertreters am 20. Oktober betrafen die Zusammensetzung der Regierungskoalition und die Konstellation des neuen Kabinetts. Nachdem die PD und die vier islamischen Parteien PKS, PKB, PAN und PPP den Kern der Koalition mit zusammen genau 45 Prozent (bzw. 317 von 560 Mandaten) gebildet hatten, schaffte im letzten Moment auch Golkar den Sprung ins Regierungslager. Der Zuschlag für Golkar hing sicherlich eng mit der Wahl des ehemaligen Industrieministers in der ersten Regierung SBYs, Aburizal Bakrie, zum neuen Vorsitzenden von Golkar nur wenige Tage vor der Amtseinführung der neuen Regierung zusammen. Denn in der Golkar wurde durchaus kontrovers darüber diskutiert, ob die Partei sich an der Regierung beteiligen oder ihr inhaltliches Profil als stärkste Oppositionspartei schärfen sollte. Bakrie, bekannt für seine guten Beziehungen zu SBY, versuchte, die verschiedenen Lager innerhalb Golkar zu beruhigen und hinter sich zu bringen.

Die Koalition kann sich nun auf eine komfortable Mehrheit von knapp 60 Prozent und 423 Parlamentssitzen stützen, was dem javanischen Streben nach dem harmonischen Naturzu-

stand und einer „konsensdemokratischen“ Politikgestaltung durchaus entgegenkommt. Nur drei Parteien bilden nun die Opposition: Megawatis PDI-P und die beiden Newcomer Gerindra und Hanura. Bezeichnenderweise erhielt Golkar nur den Zuschlag für drei der insgesamt 34 Ministerposten. Seine eigene Partai Demokrat bedachte Präsident Yudhoyono mit sieben Ministern, die vier islamischen Parteien erhielten zusammen elf Ministerien. In die anderen 13 Ministerpositionen wurden parteiunabhängige Experten und Professionals berufen. Damit hat Staatspräsident Yudhoyono ein Kabinett ohne Überraschungen zusammengestellt, das auf Kontinuität und Professionalität setzt.

Die Koalition kann sich nun auf eine komfortable Mehrheit von knapp 60 Prozent und 423 Parlamentssitzen stützen, was dem javanischen Streben nach dem harmonischen Naturzustand und einer „konsensdemokratischen“ Politikgestaltung durchaus entgegenkommt.

AUSBLICK

Die Bürger Indonesiens haben gewählt. Sie haben sich für Kontinuität entschieden. Nach den unruhigen ersten Jahren der *reformasi* mit drei Präsidenten in sechs Jahren¹⁸ wird Susilo Bambang Yudhoyono seine Politik der Stabilität durch möglichst wenig Reibungsverluste – die Indonesier nennen dies *politik santun*, „Politik mit Anstand“ – fortsetzen und so dem Präsidentenamt auch weiterhin die verdiente Würde und Anerkennung verleihen. Mag diese Aussage zugegebenermaßen provokativ und leicht ironisch klingen, so sind dies doch wichtige Aspekte und allgemein anerkannte Werte in der indonesischen Gesellschaft. Insofern haben die Bürger sich weniger für den Politikstrategen und Entscheider Yudhoyono, sondern für den sorgenden Landesvater SBY entschieden.

18 | Die Präsidenten waren wie folgt: 1998-99 Yusuf Habibie, 1999-2001 Abdurrahman Wahid, 2001-2004 Megawati Sukarnoputri, seit 2004 Susilo Bambang Yudhoyono.